

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

30.05.2022

Inhalt

EWN

1 353 Stimmen gegen Atomkraft gesucht <i>DER TAGESSPIEGEL, 27.05.2022</i>	3
2 Brennstäbe und andere Abhängigkeiten <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.05.2022</i>	4

DER TAGESSPIEGEL | 27.05.2022 | S. 15

Auflage: 104.156 | Reichweite: 351.593

Knut Krohn

353 Stimmen gegen Atomkraft gesucht

Widerstand in Brüssel gegen Taxonomie-Plan

Brüssel - Besonders aktiv in Brüssel sind in diesen Tagen die Politiker der Grünen. Der Grund sind die Entscheidungen im Europaparlament über die Frage, ob Atomkraft und Gas in Europa als klimafreundliche Energien eingestuft werden sollen. Für Umweltschützer ist das eine Art Horrorszenario, das sie unbedingt verhindern wollen.

Der Hintergrund ist, dass die EU-Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen beide Energiequellen in die sogenannte Taxonomie aufnehmen will. Auf diese Weise soll die EU bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden. Die Aufnahme von Atom und Gas kommt einer Empfehlung an die Finanzmärkte gleich, in solche Anlagen zu investieren. Umweltschützer befürchten, dass dies zulasten des Ausbaus erneuerbarer Energieformen wie Wind und Sonne geht. „Die EU-Kommission hat sich verrannt“, erklärt dazu Michael Bloss von den Grünen. „Atomkraft und Erdgas durch die Hintertür als grün deklarieren zu wollen und dabei die Öffentlichkeit außen vor zu lassen, können wir nicht akzeptieren.“

Die Öffentlichkeit ist in diesem Fall das Parlament. Denn dort formiert sich massiver Widerstand gegen die Taxonomie. Die Ablehnung zieht sich durch alle Fraktionen. Auch der CDU-Politiker Peter Liese äußert massive Zweifel. „Der Unmut über die großzügigen Regelungen für Kernkraft ist groß, auch in Teilen der EVP“, bemerkte jüngst der umweltpolitische Sprecher der mächtigsten und vergleichsweise atom- und gasfreundlichen konservativen Fraktion. Er selbst würde nicht „sehr viel Geld darauf setzen“, dass die Taxonomie nicht doch noch im Parlament scheitert. Ge-

plant ist, dass in den kommenden Tagen im Umweltausschuss und dann Anfang Juli im gesamten Parlament abgestimmt wird. Michael Bloss befindet sich seit Monaten auf der eifrigen Suche, um die notwendigen 353 Stimmen für die erhoffte Ablehnung zusammenzusammeln.

Stark gemacht für die Atomkraft hat sich vor allem Frankreich. Präsident Emmanuel Macron hält die Atomenergie für unerlässlich, um die Klimaziele der EU zu erreichen. Die Atommacht Frankreich bezieht derzeit rund 70 Prozent ihres Stroms aus Kernkraftwerken, das ist der höchste Anteil eines Landes weltweit. Aber auch Polen und weitere östliche EU-Staaten wollen neue Atomkraftwerke bauen, um ihre stark von Kohle abhängigen Volkswirtschaften weniger klimaschädlich zu gestalten.

Frankreich kommt bei der Argumentation für die Atomkraft allerdings immer stärker in Not. Denn von den 56 Anlagen im Land ist über die Hälfte wegen Wartungsarbeiten oder Schäden nicht am Netz. Im Sommer wird darüber hinaus erwartet, dass wie in den vergangenen Jahren einige Meiler wegen des fehlenden Kühlwassers infolge von Trockenheit die Leistung vermindern müssen und Strom aus dem Ausland importiert werden muss. Die Unterstützung für Gas als sichere Energiequelle hat sich inzwischen weitgehend erledigt. Vor allem Deutschland unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich für dessen Aufnahme in die Taxonomie offen gezeigt. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat Russland hier neue Fakten geschaffen und die Abkehr vom Gas beschleunigt.

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 28.05.2022 | S. 5

 Auflage: 210.695 | Reichweite: 940.692

 Christian Geinitz, Thomas Gutschker, Stephan Löwenstein, Michaela Wiegel

Brennstäbe und andere Abhängigkeiten

Sanktionen gegen Russlands Atomindustrie sind nicht mehrheitsfähig. Länder wie Frankreich oder Ungarn kooperieren weiter mit dem Staatskonzern Rosatom.

Das europäische Einfuhrverbot gegen russische Steinkohle, das Anfang April beschlossen wurde, ging noch glatt über die Bühne. Um ein Ölembargo ringen die EU-Mitgliedstaaten hingegen schon seit Wochen. Danach müssten noch zwei weitere Schritte folgen, um die Energieabhängigkeit von Russland zu beenden: ein Stopp von Erdgasimporten - und das Ende der zivilen nuklearen Zusammenarbeit. Bei beiden Themen geht es ans Eingemachte, wobei die nukleare Zusammenarbeit öffentlich kaum ein Thema ist. Dass sie bisher nicht gekappt worden ist, zeigt, wie eng die atomaren Verflechtungen sind. Ende April unternahm Deutschland einen ersten Vorstoß in Brüssel. Man müsse nun auch zivile Nuklearimporte aus Russland einstellen, forderte der deutsche EU-Botschafter während der internen Beratungen über das bevorstehende sechste Sanktionspaket. Unterstützt wurde er jedoch nur von Österreich, während sich Ungarn vehement dagegen aussprach. Wie Diplomaten berichteten, ging Frankreich - das derzeit die Ratspräsidentschaft innehat - dem Thema aus dem Weg. Als die Europäische Kommission eine Woche später ein Ölembargo und weitere Maßnahmen vorschlug, war von ziviler Nukleartechnologie nicht mehr die Rede.

Im Elysée-Palast legt man Wert auf die Feststellung, dass Paris mögliche EU-Sanktionen gegen die russische Atomindustrie nicht blockieren würde. Doch Frankreich unterhält enge Verbindungen zum staatlichen russischen Atomkonzern Rosatom. Vom "totalen Wirtschafts- und Finanzkrieg gegen Russland", den der französische Finanzminister Bruno Le Maire Anfang März ausrief, bleibt der Atomsektor bislang ausgenommen.

Französische und amerikanische Wirtschaftsinteressen sind dabei eng verflochten. 2015 fädelte der damalige französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron den Verkauf des Turbinengeschäfts von Alstom an den amerikanischen Konzern GE ein. GE Steam Power produziert seither die "Arabelle"-Turbinen, die für Atomkraftwerke benötigt wer-

den, wie sie Rosatom im Ausland baut, beispielsweise im NATO-Mitgliedstaat Türkei. Die Vereinigten Staaten kaufen ihrerseits jährlich angereichertes Uran im Wert von mehr als einer Milliarde Dollar bei Rosatom.

Der russische Atomkonzern ist der wichtigste Kunde für die größtenteils in Belfort hergestellten "Arabelle"-Turbinen und will dem französischen Elektrizitätsversorger EDF nun dabei helfen, die Turbinensparte von GE zurückzukaufen. Die Zeitung "Le Figaro" berichtete kürzlich unter Berufung auf Regierungskreise, der französische Staat habe einen geplanten Aktionärspekt gebilligt, wonach Rosatom mit 20 Prozent am Kapital beteiligt werden soll. Der ehemalige EDF-Chef Henri Proglio gehört dem internationalen Rat von Rosatom an und hat kategorisch ausgeschlossen, sein Amt aufgrund des Krieges niederzulegen.

Der französische Kraftwerksbetreiber Framatome hat noch im Dezember 2021 ein "strategisches Abkommen" für eine langfristige Zusammenarbeit mit Rosatom unterzeichnet. In Paris heißt es, das Abkommen liege auf Eis, aber aufgekündigt wurde es nicht. Frankreich hat eine eigene Wiederaufbereitungsanlage in La Hague, lässt sich jedoch zunehmend von Rosatom im sibirischen Sewersk gebrauchte Brennstäbe mithilfe angereicherter Urans wiederaufbereiten.

Auch das deutsch-französische Konsortium Framatome-Siemens hat die Geschäftsbeziehungen zu Rosatom nicht eingestellt. Das Konsortium verdient viel Geld mit dem Verkauf von Automatisierungs- und Steuerungssystemen für Atomkraftwerke, die Rosatom beispielsweise in Ungarn betreibt. Sollte Rosatom mit Sanktionen belegt werden, wären auch andere französische Unternehmen betroffen. So arbeiten Vinci, Bouygues, Assystem, Bureau Veritas und Dassault Systèmes ebenfalls mit dem Konzern zusammen.

Im Osten der EU stammen fast alle Atomkraftwerke aus der Zeit des Kalten Krieges und sind sowjetischer Bauart. Entsprechend ist für die Versorgung

mit Brennelementen, aber auch für die Instandhaltung weiterhin eine Kooperation mit Russland notwendig, vor allem mit der Rosatom-Tochter TWEL. Das gilt für die sechs Reaktorblöcke in Temelin und Dukovany (Tschechische Republik), vier Reaktoren in Bohunice und Mochovce (Slowakei), vier in Paks (Ungarn), den Reaktor Krsko (Slowenien) und zwei Reaktoren in Kosloduj (Bulgarien). Kernenergie macht zwischen einem Drittel und mehr als der Hälfte der Stromversorgung in diesen Ländern aus.

Grundsätzlich könnten auch Fremdfirmen Brennstäbe für diese Atomkraftwerke herstellen. Der tschechische Energiekonzern CEZ gab nach den ersten Wochen des Ukrainekriegs bekannt, dass für die Kraftwerke Dukovany und Temelin Vorräte für mindestens zwei Jahre vorhanden seien. Die Brennstäbe für Temelin seien leichter durch Produkte eines nichtrussischen Herstellers zu ersetzen als die für das etwas ältere Kraftwerk Dukovany, sagte Daniel Benes, Präsident des CEZ-Verwaltungsrats, im März. "Wenn sich die Situation verschlechtert, haben wir genug Zeit, um dieses spezifische Produkt von anderen Lieferanten produzieren zu lassen."

Die Slowakei plant einen ähnlichen Weg. Wirtschaftsminister Richard Sulík sagte nach Kriegsbeginn, die Regierung arbeite seit Langem an dieser Option und habe bereits Gespräche mit dem amerikanischen Konzern Westinghouse geführt. Allerdings wies die Chefin der Atomaufsichtsbehörde darauf hin, dass der Wechsel zu anderen Lieferanten nicht einfach sei. Das slowakische Elektrizitätsunternehmen SE äußerte sich ähnlich und verwies auf die notwendigen Genehmigungsverfahren sowie einen Vertrag mit der Rosatom-Tochter TWEL bis 2026. Laut Minister Sulík hat die Slowakei für ihre Atomkraftwerke genügend Brennstäbe bis Jahresende vorrätig.

Der russische Atombrennstoff-Hersteller TWEL hat auch nach dem 24. Februar und ungeachtet der westlichen Sanktionen geliefert. Dies geschah - weil die gewohnte Bahnverbindung über die Ukraine "gestört" sei, wie es hieß - per Luftfracht. Für entsprechende Lieferungen in die Slowakei und nach Ungarn sind Ausnahmegenehmigungen für Direktflüge aus Russland in die EU erteilt worden. Nach ungarischen Angaben wurden die Flüge durch die russische Frachtfluggesellschaft Volga-Dnepr absolviert. Die Route sei über Belarus, Polen und die Slowakei verlaufen, gab der ungarische Außenminister Péter Szijjártó bekannt.

Die Brennstäbe wären aber nicht das einzige Problem, wenn die Verbindungen aus der EU zu Rosatom gekappt würden, und auch nicht das schwerwiegendste. "Kaum zu ersetzen" seien die Russen bei Wartung und

Instandhaltung, sagt Helmuth Böck vom Atominstitut der TU Wien der F.A.Z. Das betreffe Bereiche wie Materialprüfung, Unterlagen, Herstellungs- und Schweißverfahren. "Stellen Sie sich vor, eine von einer Fremdfirma eingebaute Pumpe funktioniert nicht richtig. Das kann einen ganzen Rattenschwanz an Folgen haben bis hin zu einem Störfall."

Zudem stellen sich komplizierte Haftungsfragen. Böck verweist auf einen Störfall 2003 im ungarischen Paks. In einer Reinigungsanlage mit dreißig Brennelementen gab es unerwartete Reaktionen, einige Brennelemente schmolzen, Radioaktivität wurde freigesetzt. Der Auftrag zur Reinigung war an die französische Framatome ANP vergeben. Der Rechtsstreit, wer verantwortlich war, dauerte daher Jahre. Probleme drohen auch bei der Ersatzteilbeschaffung: "Wenn Fremdfirmen Komponenten einbauen, dann ist ein Genehmigungsverfahren erforderlich", sagt Böck. "Normalerweise zieht sich so etwas über Jahre in die Länge."

Für die Zukunft ziehen die verschiedenen Staaten unterschiedlichste Konsequenzen. Ähnlich wie Finnland hat die Tschechische Republik für seine geplanten Neubauten Rosatom aus der Liste möglicher Bieter gestrichen. Der tschechische Ministerpräsident Petr Fiala wies im März bei der Ausschreibung für die Erweiterung von Dukovany darauf hin, dass Unternehmen, die ein Sicherheitsrisiko für die Tschechische Republik darstellen könnten, nicht an der Ausschreibung teilnehmen können. "Zum Beispiel Putins Russland." Die tschechischen Kriterien schließen auch China aus.

Dagegen ist die ungarische Regierung zu ihrer ursprünglichen Absicht zurückgeschwenkt, die Erweiterung von Paks mit zwei neuen Reaktorblöcken durch Rosatom vornehmen zu lassen. Ein entsprechendes Rahmenabkommen besteht seit Jahren, samt Finanzierung mit einem russischen Zehn-Milliarden-Euro-Kredit. Die Einzelheiten werden zur Empörung der Opposition geheim gehalten, angeblich soll der Kredit erst zurückgezahlt werden müssen, wenn mit den neuen Kraftwerken Geld verdient wird. Die Turbinen sollen von der amerikanischen GE eingebaut werden, die Steuerung von Siemens. Das dürfte angesichts der Sanktionen ein Problem werden. Doch in den Verlautbarungen der Regierung in Budapest ist davon nicht die Rede.

Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur MTI sagte Außenminister Szijjártó, die Rosatom-Führung habe "versichert, dass sie rein technisch in der Lage sind, das Projekt fertigzustellen". Atomenergie sei nicht nur "billig, sicher und umweltfreundlich", sondern könne auch erheblich die Sicherheit und Stabilität der Energieerzeugung garantieren, nicht zuletzt

weil Kernbrennstäbe für Jahre im Voraus eingelagert werden könnten. Zuletzt sagte Szijjártó, der beschleunigte Bau der neuen Blöcke habe Priorität für die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán. Diese liegt mit Kritik an der Ukraine, Bremsmanövern bei Energiesanktionen und schonender Rhetorik ohnehin nahe an Moskaus Linie.

Die Bundesregierung hat für europäische Untätigkeit wenig Verständnis. Aus deutscher Sicht ist nicht einzusehen, warum Deutschland beim Gasembargo als Bremsen gesehen wird, die europäischen Strafmaßnahmen in der Energiewirtschaft aber ausgerechnet die Nukleartechnologie nicht umfassen. Dabei geht es nicht nur um Importe, sondern auch um westliche Investitionen in Russland. Eigentlich dürfen Unternehmen aus dem EU-Raum kein Geld in die russische Energiewirtschaft tragen, aber auch hier gilt eine sehr weitreichende Ausnahme für die Atombranche. Offiziell will sich das Bundeswirtschaftsministerium allerdings nicht äußern, sondern verweist nur darauf, "dass der Nuklearbereich von den EU-Sanktionen ausgenommen" sei.

Deutschland versteht sich als Vorreiter des Atomausstiegs in Europa. Der deutsche Verzicht auf die Kernenergie war 2011 nach dem Unglück von Fukushima unter der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beschleunigt worden und soll mit der Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Doch selbst beim Abwickeln der deutschen Atommeiler kommt Rosatom ins Spiel. Es geht dabei um die Lieferung der letzten Brennstäbe, vor allem aber um den Rückbau der Anlagen und die Lagerung des Atommülls. Der wichtigste Akteur dabei ist Nukem Technologies aus Alzenau nahe Aschaffen-

burg. Früher in Hanau ansässig, hieß die Gesellschaft ursprünglich Nuklear-Chemie und Metallurgie und gehörte zum RWE-Konzern. Heute gehört das Unternehmen nach verschiedenen Eigentümerwechseln vollständig der Rosatom-Tochter TWEL.

Die große Frage ist, ob etwaige Atomsanktionen gegen Russland die Abwicklung der deutschen Kerntechnik und die Müllentsorgung beeinträchtigen könnten. Der Nukem-Vorstandsvorsitzende Thomas Seipolt sagt der F.A.Z., dass Nukem nur eines von vielen in diesen Feldern tätigen Unternehmen sei. "Aus Sicht von Nukem ist wegen der gegenwärtigen politischen Situation weder eine Verzögerung des Atomausstiegs noch ein Einfluss auf die Atommülllagerung in Deutschland ersichtlich", sagt der Manager, der seinerseits auf die Nicht-Sanktionierung der zivilen Nutzung der Kernenergie verweist.

Seipolt steht auch dem Branchenverband Kerntechnik Deutschland (KernD) vor, dem einstigen Deutschen Atomforum. Ein Sprecher der Organisation sagt, dass mögliche Sanktionen gegen Rosatom die deutsche Atomwirtschaft nur marginal trafen. Die Belieferung der Kernkraftwerke mit frischen Brennelementen wäre auch ohne Zutun von Rosatom zu gewährleisten, eine Verschleppung des Atomausstiegs oder eine generelle Beeinträchtigung von Abfallbehandlung und Zwischenlagerung seien derzeit nicht zu erwarten. Gleichwohl will das der Verbandssprecher für die Zukunft nicht ausschließen: "In Abhängigkeit von einer konkreten, gegenwärtig unbekanntem Ausgestaltung möglicher Sanktionen könnte es bei einzelnen Rückbau- und Entsorgungsprojekten in Deutschland und in anderen Ländern zu Verzögerungen kommen."